rüsselsheim am main

DS-Nr. 776/16-21

Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021

<u>Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses</u>

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 inkl. 1. und 2. Fortschreibung sowie die Anträge der Fraktionen zur DS-Nr. 776/16-21 werden beraten.

Dem Vorschlag des Vorsitzenden entsprechend werden nur die Anträge zur Beratung und Abstimmung aufgerufen, für die aufgrund der vorliegenden Liste der Abstimmungsergebnisse noch keine Voten bestehen bzw. die grundsätzlich zur Behandlung im Haupt- und Finanzausschuss vorgesehen sind. Der Vorsitzende stellt den Ausschussmitgliedern jedoch frei, Anträge, die bereits in den vorherigen Fachausschüssen beraten und bei denen eine Beschlussempfehlung abgegeben wurde, nochmals zur Beratung aufzurufen.

Abstimmung des Haupt- und Finanzausschusses über die Haushaltsanträge 2021 gemäß Auflistung vom 20.11.2020:

Antrag Nr. 1

Teilergebnishaushalt 010100010 (Ortsbeiräte)
Sachkonto 6869200 (Aufwendungen in besonderen Fällen, Ortsbeirat Königstädten)
Sachkonto 6869300 (Aufwendungen in besondern Fällen, Ortsbeirat Bauschheim)
<u>Antrag der Fraktion Die Linke:</u>
Für die Ortsbeiräte in Bauschheim und Königstädten werden jeweils 5.000 EUR eingestellt.
Beschluss:
Bei 2 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **abgelehnt.**

Antrag Nr. 3

Teilergebnishaushalt 040030000 (Kultursteuerung)
Sachkonto 7128836 (Zuschüsse, institutionelle Förderung)
Teilergebnishaushalt 080055000 (Sport)
Sachkonto 7128862 (Zuschüsse Sportförderung)
Teilergebnishaushalt 010100030 (Magistrat)
Sachkonto 7128905 (Corona Hilfsfonds)
<u>Antrag der Fraktionen SPD, Bürnis 90/Die Grünen, Die Linke/ListeSolidarität, Fraktion FW/FNR:</u>
Es werden folgende Haushaltsansätze eingestellt:
100.000,- EUR (Kultursteuerung, institutionelle Förderung)
100.000,- EUR (Sport, Sportförderung)
Die Mittel werden gesperrt bis das Vereinssicherungskonzept vorliegt.
50.000,- EUR (Corona-Hilfsfonds)
Über die Freigabe entscheidet der Kultur-, Schul- und Sportausschuss.
Beschluss:
Einstimmig **zugestimmt.**

Antrag Nr. 7 Teilergebnishaushalt 060546000 (Kinder- und Jugendhäuser)
Sachkonto 7128300 (Jugendarbeit Bauschheim, Zuschuss „Auszeit e.V.“)
Kontengruppe 11/12 (Personal- und Versorgungsaufwendungen)
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/ Liste Solidarität, Fraktion FW/FNR:
Es werden folgende Haushaltsansätze eingestellt:
36.000,- EUR (Zuschuss „Auszeit e.V.“) [Punkt 1]
45.000,- EUR (Jugendarbeit Königstädten) [Punkt 2]
Beschluss:
Bei 7 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 10 Produktgruppe 1502 (Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen)
Sachkonto 5300120 (Pacht (Gebäudewirtschaft))
Sachkonto 5300150 (Mietnebenkosten)
Antrag der CDU-Fraktion:
Reduzierung des Haushaltsansatzes um 21.827,- € auf 91.973,- EUR (Pacht (Gebäudewirtschaft))
Reduzierung des Haushaltsansatzes um 13.397,- EUR auf 58.503,- EUR (Mietnebenkosten)

Auf Anfrage der Stadtv. Kropp gibt Herr Stadtrat Kraft einen Sachstandsbericht zur aktuellen Situation der Pächter und sagt eine der individuelllen Situation angepasste Lösung zu. Dementsprechend könne eine Anpassung der Haushaltsansätze wie von der CDU-Fraktion beantragt erfolgen.

Beschluss:
Bei 2 Stimmenthaltungen einstimmig **zugestimmt.**

Antrag Nr. 12 Teilfinanzhaushalt 150179100 (Wirtschftsförderung)
Investitionsnr. 15017910AB (Hinweisschilder, Einzelhandel und Handwerk)
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
Auf den Hauptstraßen in Königstädten (Astheimer Str., Nauheimer Str.) werden Hinweisschilder installiert, die auf die Einzelhandelsgeschäfte und Handwerker hinweisen, […].
[Es wird hierfür ein Haushaltsansatz in Höhe von 5.000,- EUR angenommen.]
Beschluss:
Bei 7 Gegenstimmen mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 13 Stellenplan
Teilhaushalt 060546000 (Kinder- und Jugendhäuser)
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/ Liste Solidarität, Fraktion FW/FNR:
Ausweitung der personellen Kapazitäten für den Jugendtreff Königstädten.
[Es wird hierfür eine 0,64 Stelle TVÖD S 11b angenommen]
Beschluss:
Bei 7 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 14 Stellenplan

Teilhaushalt 050562000 (Wohnungswesen)
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
Schaffung einer zusätzlichen Stelle
[Es werden hierfür eine Stelle TVÖD 9a und Personal- und Versorgungsaufwendungen von 63.000,- EUR angenommen.]
Auf Nachfrage des Stadtv. Tollkühn, ob die Stelle tatsächlich benötigt wird, teilt Frau Neumüller (Dezernat II) mit, dass Herr Bürgermeister Grieser vorschlägt, die Stelle zunächst zu sperren. Diesen Vorschlag aufgreifend beantragt die Stadtv. Steinborn einen entsprechenden Sperrvermerk und die Freigabe durch die Stadtverordnetenversammlung, sobald die Notwendigkeit der Stelle dargelegt wird.
Beschluss:
Unter Einschluss des beantragten Sperrvermerks bei 8 Gegenstimmen mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 15

Stellenplan
Teilhaushalt 060040720 (Verwaltung Kindertagesstätten)
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
Erhöhung um eine Stelle.
Der Stadtv. Krug erklärt den Antrag durch den weitergehenden Antrag Nr. 15a für **erledigt.**

Antrag Nr. 15a

Stellenplan
Teilhaushalt 060040720 (Verwaltung Kindertagesstätten)
Antrag des Jugendhilfeausschusses:
Erhöhung um zwei Stellen (Entgeltgruppe TVöD 12, Entgeltgruppe TVöD 8)
Beschluss:
Bei 8 Gegenstimmen mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 16

Stellenplan
Teilhaushalt 010102400 (Presse- und Medienarbeit)
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
Statt 3 Stellen wird nur eine Stelle neu geschaffen und gesperrt.
Nach der Begründung der Stellenneuschaffungen durch den Oberbürgermeister erklärt der Stadtv. Krug die Streichung des beantragten Sperrvermerks.
Die Stadtv. Steinborn beanteragt für 2 der neu geschaffenen Stellen eine Sperre.
Beschluss:
Der Antrag der Stadtv. Steinborn wird bei 3 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **abgelehnt.**
Im Übrigen wird der Antrag bei 4 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich **abgelehnt.**

Antrag Nr. 17

Stellenplan
Teilhaushalt 010102450 (Stadtmarketing)
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität:
Die geplante neue Stelle wird mit einem Sperrvermerk versehen.
Beschluss:
Bei 6 Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt.**

Antrag Nr. 18

Stellenplan
Teilhaushalt 150179100 (Wirtschaftsförderung)

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität:
Die zusätzliche Stelle wird gesperrt.
Beschluss:
Bei 6 Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt.**

Antrag Nr. 21

Haushaltsbegleitantrag
Grundsätze einer strategischen Ansiedlungspolitik
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/ Liste Solidarität:
Der Magistrat bringt bis zur Sommerpause 2021 den Entwurf eines Grundsatzpapiers zur strategischen Ansiedlungspolitik ein.
Beschluss:
Bei 2 Gegenstimmen **zugestimmt.**

Antrag Nr. 22
[ergänzte Version vom 08.12.2020]

Haushaltsbegleitantrag
Radweg entlang der Oppenheimer Straße
Antrag der Fraktionen BfL, CDU, SPD im Ortsbeirat Bauschheim:
Die Radwegverbindung von Bauschheim nach Rüsselsheim wird […] überplant […]
Das Ergebnis der Überplanung wird dem Ortsbeirat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.
Die dafür notwendigen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

Herr Stadtrat Kraft empfiehlt zur Umsetzung die Einstellung von 500.000,- EUR in den Haushaltsplanentwurf 2021.
Diese Empfehlung wird durch den Stadtv. Stahl aufgegriffen, der die Aufnahme von 500.000,- EUR für eine entsprechende Investition beantragt.
Beschluss:
Bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen **zugestimmt.**

Antrag Nr. 24

Haushaltsbegleitantrag
Aufstockung des Stiundenbudgets für die offene Kinder- und Jugendarbeit von Auszeit im Stadtteil Bauschheim und der personellen Kapazitäten für den Jugendtreff in Königstädten
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
Die Linke/Liste Solidarität, Fraktion FW/FNR:
Punkt 4: Der Magistrat erarbeitet für das gesamte Stadtgebiet Vorschläge zum Ausbau der Kinder-/Jugendförderung und legt hierfür eine gesonderte Drucksache vor.
Beschluss:
Bei 7 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 25

Haushaltsbegleitantrag
Schulisches Mobilitätsmanagement
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
Die Linke/Liste Solidarität, Fraktion FW/FNR:
Der Magistrat legt ein Konzept vor das aufzeigt, wie das schulische Mobilitätsmanagement an allen Schulen Rüsselsheim durchgeführt werden kann.
Beschluss:
Im Kultur-, Schul- und Sportausschuss mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 26 Haushaltsbegleitantrag
Vereinssicherungskonezept ujnd Soforthilfefonds
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
Die Linke/Liste Solidarität, Fraktion FW/FNR:
Zur Sicherung, Förderung und Erhaltung der Rüsselsheimer Vereine in Zeiten der Corona-Pandemie wird der Magistrat beauftragt, ein Vereinssicherungskonzept zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Entscheidung vorzulegen. Die städtische Förderung greift nur, wo keine Bundes- oder Landesmittel zur Verfügung stehen.
Beschluss:
Einstimmig **zugestimmt.**

Antrag Nr. 27 Haushaltsbegleitantrag
Änderung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
§ 2 Abs. 4 der Geschäftsordnung wird wie folgt geändert:
Der Ortsbeirat entscheidet gemäß § 82 Abs. 4 HGO im Rahmen der von der Stadtverordnetenversammlung bereitgestellten Mittel über Maßnahmen, sowiet deren Bedeutung nicht über die Grenzen des Ortsbezirks hinausgeht und soweit die Einheit der Verwaltung nicht gefährdet ist. […]
Beschluss:
Bei 2 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **abgelehnt.**

Antrag Nr. 28 Haushaltsbegleitantrag
Verwaltungsorganisation/Stadtentwicklung/Finanzen
Antrag der CDU-Fraktion:

1) Der Magistrat wird beauftragt, für jede Investition, die sich im aktuellen Investitionsprogramm (2020-2024) befindet und für die jährlich folgenden Investitionen eine Folgekostenrechnung zu erstellen. Die Aufstellung erfolgt nach Vorgabe des Hess. Rechnungshofs / GemHVO.
2) Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für ein flexibles Arbeitsplatzmanagement zu erarbeiten, welches das Ziel verfolgt, die Gesamtarbeitsplatzkosten zu reduzieren.
3) Der Magistrat wird beauftragt, nicht besetzte „Planstellen“, die in den letzten 3 Jahren nicht besetzt wurden, umzuwidmen in Stellen, die als neue Stellen geplant sind.
4) Der Magistrat wird beauftragt, für alle Produkte des Haushalts verbindliche Kennzahlen und Produktziele zu erarbeiten. Dazu wird er eine Arbeitsgruppe bilden, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen, der Fachverwaltung und des Kämmerers besteht. Der Magistrat kommt zu diesem Zweck mit einem Zeitplan, der die Abarbeitung dieser Aufgabe darstellt, auf die Stadtverordnetenversammlung zu.
5) Der Magistrat wird beauftragt, im Zuge der Neustrukturierung von Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung ein professionelles Flächenmanagement (Instrument der nachhaltigen Grundstücksentwicklung) einzusetzen.
6) Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Kreis Groß-Gerau über die Ansiedlung der KfZ-Zulassungsstelle in Rüsselsheim am Main zu verhandeln. Die KfZ-Zulassungsstelle wird in

Eigenregie der Stadt Rüsselsheim am Main betrieben.

7) Der Magistrat wird beauftragt ein ganzheitliches Stadtentwicklungsprogramm zu erarbeiten, das auf Grundlage der Leipziger Charta basiert und Rüsselsheim gleichzeitig zur „Smart City“ entwickelt. In einem öffentlichen Prozess sind die Bevölkerung, Interessengruppen, die Hochschule und wirtschaftliche Akteure einzubinden.

Der Stadtv. Walczuch beantratg Einzelabstimmung zu den Punkten 1-6 bzw. 7.

Beschluss:
Punkt 1-6 bei 8 Ja-Stimmen mit der Mehrheit der Gegenstimmen **abgelehnt.**
Punkt 7 bei 6 Ja-Stimmen mit der Mehrheit der Gegenstimmen **abgelehnt.**

Antrag Nr. 29
[geänderter gemeinsamer Antrag vom 08.12.2020]

Haushaltsbegleitantrag
Kulturentwicklung in Rüsselsheim am Main
Geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU im Bündnis 90/Die Grünen zu Antrag Nr. 29:

1) Der Magistrat wird beauftragt, für die jährliche Veranstaltungsreihe „Kultur im Sommer“ das Ausrichtungskonzept an den positiven Erfahrungen der Veranstaltungsreihe im Jahr 2020 anzuknüpfen und gegebenenfalls weitere Vorschläge mit dem Ziel einer Qualitätssteigerung vorzuschlagen.
2) Der Magistrat wird beauftragt, das Förderstipendium der Stadt Rüsselsheim am Main zu evaluieren.
3) Der Magistrat wird beauftragt, für das Gebäude „Palais Verna“ ein Nutzungskonzept für eine kulturelle Nachnutzung zu erarbeiten. Zusätzlich wird die Einbeziehung eines gastronomischen Betriebes geprüft.

Beschluss:
Bei 2 Stimmenthaltungen einstimmig **zugestimmt.**

Antrag Nr. 34

Haushaltsbegleitantrag
Machbarkeitsstudie: Brennstoffzellenfahrzeuge im ÖPNV und kommunalen Fuhrpark
Antrag der FDP-Fraktion:
Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für eine schrittweise Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der im ÖPNV eingesetzten Busse auf emissionsfreie Brennstoffzellenantrieb zu prüfen.

Der Stadtv. Karger schlägt vor, den Antrag technologieoffen umzuformulieren. Dieser Vorschlag wird durch den Stadtv. Sert aufgegriffen, so dass der geänderte Antrag wie folgt lautet:

Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für eine schrittweise

Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der im ÖPNV eingesetzten Busse auf emissionsfreie Antriebe zu prüfen. Dabei soll das Ergebnis offen bleiben für weitere Technologien.
Beschluss:
Bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 35

Haushaltsbegleitantrag
Wirtschaftsförderungmit und nach Corona:
Werbekampagne ür lokale Gewerbetreibende
Antrag der FDP-Fraktion:

1. Der Magistrat wird beauftragt eine Werbekampagne zu Gunsten der Gewerbetreibenden vor Ort und der lokalen Wertschöpfungsketten zu initiieren.
2. Im Rahmen der Werbekampagne soll auf der Homepage der Stadt eine Plattform eingerichtet und beworben werden, auf Der alle speziell auf die Anforderungen der Corona-Pandemie ausgerichteten Angebote der Gewerbetreibenden gebündelt werden.

Beschluss:
Bei einer Stimmenthaltung einstimmig **zugestimmt.**

Antrag Nr. 36

Haushaltsbegleitantrag
Digitale Bildung: Beantwortung eines Fragenkatalogs
Antrag der FDP-Fraktion:
Beantwortung eines Fragenkatalogs Punkte 1-13

Der Stadtv. Metz verweist darauf, dass es sich inhaltlich hier eigentlich um eine Anfrage handelt. Dementsprechend zieht der Stadtv. Sert demn Antrag zurück und stellt eine entsprechende **Anfrage an den Magistrat.**

Antrag Nr. 37

Haushaltsbegleitantrag
Innenstadt 4.0 forcieren: Einführung eines öffentlichen, kostenlosen WLANs und Smart Benches in der Innenstadt
Antrag der FDP-Fraktion:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass ein öffentliches, kostenloses WLAN-Netz die Attraktivität der Innenstadt steigert. Die Bereitstellung von WLAN auf öffentlichen Plätzen fördert den lokalen Einzelhandel und die Gastronomie, trägt zur lebendigen Entwicklung der Innenstadt bei und unterstützt den Tourismus. WLAN-Hotspots erlauben es zudem, vermehrt digitale Konzepte in der Innenstadt und im Einzelhandel zu erproben.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, schnellstmöglich ein Konzept für eine flächendeckende WLAN-Versorgung zur Aufwertung der erweiterten Innenstadt (Festung/Eichsfeld/Opel-Altwerk) vorzulegen und zu prüfen, welche Förderprogramme dafür genutzt werden können.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die Anschaffung von Smart-Benches (intelligente Sitzbänke) und intelligenten Anzeigetafeln zu prüfgen, um die Innenstadt weiter aufzuwerten und eine neue Form der Bürgerkommunikation zu schaffen.

Beschluss:

Bei 3 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 38

Haushaltsbegleitantrag
Intelligent vernetzt mit LoRaWAN-Infrastruktur fürs Internet der Dinge schaffen
Antrag der FDP-Fraktion:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die intelligente Vernetzung des öffentlichen Raumes dazu beiträgt, das Leben in Rüsselsheim effizienter, technologisch fortschrittlicher und nachhaltiger zu gestalten. Das Internet der Dinge (IoT) ermöglicht es, kommunale Dienstleistungen zu optimieren und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu steigern.
2. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Aufbau einer flächenbdeckenden Infrastruktuir für vernetzte Sensoren im öffentlichen Raum mithilfe der Netzwerkarchitektur „Long Range Wide Area Network“ (LoRaWAN) aus.
3. Die Stadtverordnetzenversammlung fordert den Magistrat dazu auf, ein LoRaWAN-Netzwerk aufzubauen und LoRaWAN-Basisstationen („Gateways“) an öffentlichedn Gebäuden uzu errichten. Der Magistrat soll zudem IoT-Pilotprojekte für Einsatz von Sensoren zur Verbesserung des kommunalen Dienstleistungsangebots prüfen. Die lokale Wirtschaft und Zivilgesellschaft soll in den Aufbau des Netzwerkes einbezogen werden, um das Vertrauen in die Digitalisierung zu stärken und die Mitwirkung bei der ‚Gestaltung des IoT zu fördern.

Beschluss:
Bei 6 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **abgelehtn.**

Antrag Nr. 39

Haushaltsbegleitantrag
Digitalisierungsstrategie enrtwickeln und Ernennung eines Digitalisierungsbeauftragten
Antrag der FDP-Fraktion:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die digitale Transformation große Chancen für die Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsentwicklung in Rüsselsheim bietet. Um die Rahmenbedingungen der Digitalisierung erfolgreich zu gestalten und die Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubinden, bedarf es klarer politischer Prioritäten und Zuständigkeiten.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, eine Digitalisierungsstrategie für Rüsselsheim zu erstellen. Eine solche Strategie ist Grundlage für die Entwicklung zur Smart City/Smart Region. Der Strategieprozess soll dabei partizipativ mit der örtlichen Gemeinschaft erfolgen, damit die Strategie die Bedürfnisse und Schwerpunkte der Bürgerinnen und Bürger reflektiert.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, eine(n) Digitalisierungsbeauftragte(n) zu ernennen und eine Stabsstelle für Digitalisierung einzurichten, um die Digitalisierungsaktivitäten in Rüsselsheim zu koordimnieren. Der Aufgabenbereich des/der Digitalisierungsbeauftragten bzw. der Stabsstelle für Digitalisierung umfasst die

Entwicklung der digitalen Strategie und die ganzeitliche Steuerung der Digitalisierungsprojekte über die Fachbereiche hinweg.

4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, einen halbjährlichen Digitalisierungsbericht vorzulegen, in dem die Ziele sowie der Umsetzungsstand der Digitalisierungsprojekte dargelegt werden.

Beschluss:
Bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Der Stadtv. Metz teilt mit, dass falls heute eine Abstimmung erfolgen sollte, sich die CDU-Fraktion der Stimme enthalten werde, da noch Beratungsbedarf im Rahmen der kommenden Fraktionssitzung bestehe.

Der Stadtverordnetenversammlung wird bei 2 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen mehrheitlich empfohlen, dem Entwurf der Haushaltssatzung einschließlich 1. und 2. Fortschreibung sowie den in den Ortsbeiräten und Fachausschüssen beschlossenen Änderungsanträgen und unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse und sonstiger Änderungen gemäß den Anlagen zum Bericht des Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.12.202 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür

Rüsselsheim, den 08.12.2020